

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

27.3.1923 (No. 73)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Telefon:
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. e. n. d.
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für März 3800 M. — Einzelnummer 150 M. — Anzeigenpreise: 125 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassentabell gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigen, die durch die Redaktion und den Verleger für die Öffentlichkeit von Interesse sind, wird die Aufnahme in der Zeitung ohne Rücksicht auf die Höhe der Vergütung übernommen. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Beratungen der badischen Regierung mit dem Reichsarbeitsminister und Reichsverkehrsminister.

Am gestrigen Tage weilten der Reichsarbeitsminister und der Reichsverkehrsminister in Karlsruhe, um mit der badischen Regierung Fragen ihrer Ressorts zu besprechen, die sich aus der durch den Einbruch der Franzosen geschaffenen wirtschaftlichen und Verkehrsverhältnisse des Landes ergaben. Der Reichsarbeitsminister besprach zunächst am Vormittag mit den badischen Ressortministern und den Referenten der beteiligten Ministerien eine Reihe von Fachfragen, die mit der Durchführung des Abwehrkampfes in Baden im Zusammenhang stehen. Am Nachmittag wurde Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenvereine Gelegenheit gegeben, sich, soweit dies im Rahmen einer größeren Versammlung möglich war, mit dem Reichsarbeitsminister über Angelegenheiten seines Ressorts auszusprechen.

Der Reichsverkehrsminister konferierte am Vormittag mit dem Staatspräsidenten über die Durchführung von Verkehrsvereinfachungen und weiteren Verkehrsmaßnahmen zwischen dem unterbadischen Wirtschaftsgebiet und dem Oberland. Am Nachmittag fanden bei der Eisenbahndirektion Referentenbesprechungen über die technische Lösung von angetragenen Verkehrsvereinfachungen statt. Die Beratungen hatten folgendes Ergebnis: Der über Württemberg umgelegte Eilzug Freiburg-Karlsruhe soll, um die bisherigen Anschlußschwierigkeiten über Karlsruhe hinaus nach dem Unterland abzustellen, bis Mannheim durchgehend weitergeführt werden. Außerdem soll ein D-Zug Mannheim-Karlsruhe-Pforzheim-Sorb-Billingen-Freiburg-Basel eingelegt werden. Da dieser Zug ebenfalls über die eingelegte, durch den umgelegten Güterverkehr bereits stark überlastete württembergische Umleitungsstrecke geführt werden muß, die nur wenige und zu kurze Ausweichmöglichkeiten bietet, sind vor Durchführung dieses D-Zugverkehrs erhebliche technische Schwierigkeiten zu beseitigen. Es ist damit zu rechnen, daß diese Schwierigkeiten in einigen Tagen behoben sein werden, so daß voraussichtlich noch im ersten Drittel des Monats April der neue umgelegte D-Zugverkehr Mannheim-Basel aufgenommen werden kann.

Weiter wurde bei den Beratungen zwischen dem Reichsverkehrsminister und der bad. Regierung zugesagt, daß die Reichsbahn auch der schnelleren Weilerführung des Ausbaues der Bahnverbindung Raumünzach-Freudenstadt näher treten werde.

Aus Anlaß des Besuchs der Reichsminister hatte der Staatspräsident für den Abend einige Einladungen ergehen lassen.

Vom Reichseisenbahnrat.

Als Hauptpunkt der Tagesordnung für die Sitzung des Reichseisenbahnrates am 21. März in Berlin war für Baden und Süddeutschland die Vorlage der Reichsbahnverwaltung über die Einführung von Wasserumschlagstarifen anzusehen. Diese Frage war seit über einem Jahr Gegenstand eingehender Verhandlungen zwischen Handel und Industrie Süddeutschlands und dem Reichsverkehrsministerium. In Anbetracht der großen Bedeutung der Wasserumschlagstarife nicht nur für die Binnenverkehrslinien und die Hafenstädte, sondern für das ganze Wirtschaftsleben wurde deren Einführung auch von der badischen Regierung nachdrücklich befürwortet.

Der Reichsverkehrsminister hatte nun dem Reichseisenbahnrat eine Vorlage unterbreitet, in welcher das für und Wider der beantragten Umschlagstarife zusammengestellt und welchen ein ausgearbeiteter Ausnahmetarif für den Kohlentransport auf dem Rhein angehängt war. Nach eingehender Beratung beschloß die Versammlung entsprechend dem Antrag des Berichterstatters:

1. Der vorgelegte Ausnahmetarif für ist mit sofortiger Wirkung in Kraft zu setzen.
2. Die übrigen Anträge der Schiffahrt sollen weiter geprüft und entsprechende Tarifvorlagen mit aller thunlichen Beschleunigung dem Reichseisenbahnrat unterbreitet werden.

Die übrigen Anträge umfassen die Stromgebiete außer dem Rhein sowie den Transport anderer Güter als Kohle. Bei der überwältigenden Mehrheit (nur 1 Stimme dagegen), mit welcher der Antrag 1 angenommen wurde, darf erwartet werden, daß entsprechend der Zusage des Vorsitzenden, Herrn Staatssekretär Stieler, die Einführung der Umschlagstarife zu einem thunlichst baldigen geeigneten Zeitpunkt erfolgt.

Kontrolle der Filmreklame.

Um eine möglichst einheitliche und gleichmäßige Handhabung der polizeilichen Kontrolle der Filmreklame (Plakate, Plakatausgang, Programme usw.) zu erreichen, hat das Ministerium des Innern, die mit der Prüfung der Filmreklame befahten Stellen zur Beobachtung besonderer Richtlinien angewiesen. Diese Richtlinien erblicken eine Gefährdung der sittlichen, geistigen und gesundheitlichen Entwicklung der Jugend und eine Überreizung der jugendlichen Phantasie 1. in allen Darstellungen, in denen geschlechtliche Beziehungen zum Ausdruck kommen, oder wenn diese Darstellungen, insbesondere von ganz oder teilweise unbefestigten

Körpern, geschlechtlichen Anreiz bieten oder herabsetzende Empfindung hervorzurufen beabsichtigen; 2. in Darstellungen von Rohheitsakten, Gewalttätigkeiten und Verbrechen; 3. in Darstellungen mit aufregendem Charakter z. B. von Unglücksfällen, wobei jedoch Bilder, die keinen Anspruch auf Wiedergabe der Wirklichkeit erheben oder humoristischen Inhalts sind, ferner solche, bei denen der Inhalt hinter den künstlerischen Charakter des Bildes zurücktritt, nicht beanstandet werden sollen. Auch soll die dauernde Wirkung vieler Bilder, die Strafbarkeit der Plakatreklame, Größe und Anordnung der Plakate berücksichtigt werden.

* Severing und die „Einheitsfront“.

Der preussische Innenminister Severing hat in seiner Landtagsrede ausdrücklich betont, daß die politische Verantwortung für seine Aktion in erster Linie von denen zu tragen ist, die durch ihre hochverräterischen Pläne und Machenschaften diese Aktion erst herausgefordert haben, also von den Selbstschußorganisationen und ihren Anhängern selbst. Die preussische Regierung hat lediglich ihre Pflicht erfüllt, als sie, nachdem ihr genügend Material beunruhigender Art bekannt geworden war, mit allem Nachdruck einschritt. Eine Regierung, die anders gehandelt hätte, verdiente den Namen Regierung nicht und wäre wert, vom Unwillen des Volkes hinweggesetzt zu werden.

Soweit wir bis heute feststellen können, hat denn auch die Aktion Severings bei den drei Parteien, die offen auf dem Boden des neuen Staates stehen, also bei den Sozialdemokraten, Deutschdemokraten und dem Zentrum, vollkommene Zustimmung gefunden. Es ist bezeichnend, daß auch weit rechts stehende Zentrumsblätter wie z. B. die Dortmunder „Tremonia“ dem Vorgehen Severings mit aller Entschiedenheit beipflichten. Was gerade das genannte Dortmunder Zentrumsblatt bei dieser Gelegenheit zu sagen hat, scheint uns so bedeutsam und wirkungsvoll zu sein, daß wir es im folgenden wörtlich zum Abdruck gelangen lassen. Die „Tremonia“ schreibt:

„Man sah mit steigender Besorgnis, wie die radikalen deutsch-völkischen Kreise unsern Abwehrkampf mit wachsendem Erfolg zu mißbrauchen sich bemühten, wie sie alle Welt glauben zu machen suchten, sie seien die eigentlichen moralischen Träger der großen Widerstandsbewegung, sie seien die Helden des Tages, und damit die berufenen Führer unserer politischen Zukunft; man sah mit wachsendem Mißbehagen auch, wie sie die Tätigkeit und den Charakter der Reichsregierung in ihrem Sinne abzumalieren suchten, wie sie mit einer unübertrefflichen Verlogenheit und Heuchelei die Reichsregierung und vor allem den Reichszentralrat vor ihren Parteifreunden spannen wollten. Daß all diese Vorgänge und Zustände nur als skandalös bezeichnet werden können und mit brutaler Rücksichtslosigkeit ausgerottet werden müssen, steht außer Zweifel. Man stelle sich nur einmal vor, daß in den nächsten Tagen ein Putsch oder auch nur ein Attentat versucht worden wäre. Es wäre im Augenblick die Abwehrfront im Westen zusammengebrochen und ein neuer blutiger Bürgerkrieg entstanden.“

Hier wird also von einer autoritativen Stelle aus nochmals festgestellt, was alle Eingeweihten allerdings schon längst wußten, daß man nämlich gerade im engsten Gebiet des Abwehrkampfes, also an der Ruhr und am Rhein, die nationalistische bzw. deutschvölkische Propaganda als eine Erschwerung und Beeinträchtigung, ja vielfach geradezu als eine Gefährdung des Abwehrkampfes betrachtet. Und solches ist ja eigentlich auch ganz selbstverständlich. Die Männer und Frauen, die dort einen der schwersten Kämpfe ausfechten, der je einem vaterlandsliebenden Volk zugemutet wurde, haben gewiß mit den rechtsradikalen Umstürzern weder politisch und gefühlsmäßig das geringste gemein. Sie kämpfen schlicht und treu, zäh und ausdauernd für ihr Land und für ihr Volk und beanspruchen von den übrigen Volksgenossen das Eine, daß man sie in diesem Kampfe verständnisvoll unterstützt. Sie wissen ganz genau, daß nationalistische Ungeheuerlichkeiten dieses Werk tatbereiter Unterstüt-

zung behindern müssen, und sie lehnen schon allein aus diesem rein praktischen Grunde das rechtsradikale Verbrechen rüchlos ab.

Parteilos aber besteht — von verschwinnenden Ausnahmen abgesehen — zwischen den Anschauungen der Ruhrbevölkerung in ihrer Gesamtheit und denen des Rechtsradikalismus ein Abgrund, der sich nun und nimmer überbrücken läßt. Dieser Gegenlag kommt gerade in den Worten der Dortmunder „Tremonia“ überaus scharf zum Ausdruck. „Mit brutaler Rücksichtslosigkeit müssen jene rechtsradikalen Machenschaften unterdrückt werden!“ So lautet die Forderung dieses Blattes. Daß sie notwendig ist, war von vornherein klar, wird aber jetzt durch eine besondere Wahrnehmung noch extra bestätigt. Und diese Wahrnehmung bezieht sich auf das eigentümliche Verhalten der Presse der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei.

In dieser Presse wird jetzt der Versuch gemacht, die Aktion Severings im Hinblick auf unsere Außenpolitik zu diskreditieren und sie fernerhin innerpolitisch als eine Erschütterung der Einheitsfront hinzustellen. Dazu ist folgendes zu sagen:

Was zunächst das Ausland betrifft, so wird es im allgemeinen jedenfalls von der Tatsache, daß die verfassungsmäßige preussische Regierung mit dem rechtsradikalen Verwahrlosten austräumt, nur erbaunt sein. Diese Tatsache wird einen Teil des Mißtrauens, mit dem wir immer außenpolitisch zu rechnen haben, beseitigen helfen. Was aber Frankreich anlangt, so brauchen wir keine Sorge zu haben. Die Pariser Chaubienblätter lassen sich keinen Vorwand entgehen. Sie werden also zweifellos auch die Aktion Severings in ihrem Sinne auszubeuten suchen.

Aber hier zeigt sich dann doch gleich der große Unterschied gegenüber anderen Vorwänden. Wenn diese Pariser Presse früher mit der Behauptung arbeitete, in Deutschland blühe aller Orten die monarchistische bzw. militärische Propaganda, ohne daß sie ernstlich von obenher unterdrückt werden, so wurde diese Behauptung allenthalben geglaubt und in einem Sinne erörtert, der gerade für den neuen Staat und für die deutschen Regierungen nicht erfreulich war. Heute liegen die Dinge ganz anders. Wenn heute jene Pariser Blätter ihren Lesern von neuem mitteilen, daß jene rechtsradikale Propaganda in Deutschland besteht, so sind sie gleichzeitig gezwungen, ihren Lesern mitzuteilen, daß diese Propaganda aber auch mit aller Schärfe bekämpft wird und das ist immerhin ein Unterschied, der auch außenpolitisch nur zu unseren Gunsten sprechen kann.

Dann aber zur innerpolitischen Frage der „Einheitsfront“. Wir haben es bisher vermieden, dieses Schlagwort zu verwenden, und setzen es auch heute in Gänze ab. Wir bevorzugen an seiner Stelle lieber die Worte „Einigkeit und Einmütigkeit des ganzen Volkes“. Denn wir wissen, daß hinter dem Verlangen nach einer sogenannten „nationalen Einheitsfront“ immer noch der Wunsch der Reaktion gesteckt hat, diese „Einheitsfront“ als eine im wesentlichen von den Rechtsparteien beherrschte, womöglich nationalfärbende Einheitsfront aufziehen zu können. Und immer, wenn von einer solchen Einheitsfront die Rede war, traten auch jene Männer auf den Plan, deren Anblick und deren Rede der erdrückenden Mehrheit des deutschen Volkes zuwider ist, nämlich jene Persönlichkeiten, die in erster Linie den Zusammenbruch — sei es politisch, finanzpolitisch, diplomatisch oder militärisch — verschuldet haben. Wenn sich schon Männer wie Helfferich, Tirpitz und Ludendorff in den Dienst der Idee von der „Einheitsfront“ stellen, und wenn Nummern, wie Hitler und Rohbach als Schützlinge dieser Männer vorgeführt werden, dann weiß das deutsche Volk ganz genau, was das zu bedeuten hat, und es bedankt sich bestens für eine „Einheitsfront“ mit diesen Elementen.

Wir müssen es einmal mit aller Schroffheit feststellen: Der große vaterländische Abwehrkampf, den unser Volk jetzt führt, wird und kann nur durchgeföhrt werden, wenn man auf eine aktive oder gar dominierende Mitarbeit des Rechts-

er habe unter „Zusammenfassung eines Reichsministers“ mit den Franzosen verhandelt, die Unwahrheit gesprochen hat. Außer bei dem Ministerpräsidenten Scheidemann hatte damals Dr. Grim auch bei dem Reichsfinanzminister Erzberger angefragt und zwar telefonisch. In der Nationalversammlung hat Erzberger selbst am 17. Januar 1920 von dieser Unterhaltung ausführlich erzählt. Die Zustimmung wurde abhängig gemacht von der ausdrücklichen Bedingung, daß Dr. Heim vorher zu einer Besprechung nach Berlin komme. Da er dies unterließ, kann auch von keiner Zustimmung die Rede sein. Herr Erzberger, dessen Fraktionsgenosse Dr. Heim damals noch war, hat auch nachträglich ebenso wenig wie Scheidemann etwas von dem Ergebnis der Franzosenfahrt des Rheinbundschwärmers gehört.

Ein neues bayerisches Wappen.

Der Ministerpräsident Dr. von Knilling hat auf Grund eines Beschlusses des Gesamtministeriums dem Landtag einen Gesetzentwurf über die Schaffung eines Wappens des Freistaates Bayern vorgelegt, das an Stelle des mit königlicher Verordnung vom 18. Oktober 1823 eingeführten bayerischen Staatswappens treten soll. Nach dem Gesetzentwurf soll ein großes und ein kleines Staatswappen geschaffen werden. In dem neuen großen Staatswappen ist ebenso wie in dem bisherigen der Gedanke der Zusammenfassung Bayerns aus vier Stämmen, in Bayern, Franken, Pfälzern und Schwaben, durch die Aufnahme der Wappenschilder dieser Stämme zum Ausdruck gebracht worden. Die beiden Löwen als Schildhalter sollen als besonderes, im Gefühle des bayerischen Volkes wurzelndes Abzeichen beibehalten werden; ebenso werden auf den Schildern Kronen ruhen, da diese ihrem Sinne nach das Zeichen der Vollendung der Reichsvollkommenheit halten, also auch als Zeichen der Staatsgewalt. An Stelle der Königskrone soll jedoch die Volkskrone treten.

Englands Luftflotte.

Im Oberhaus kam die Frage der englischen Luftschiffahrt zur Sprache. Lord Birkenhead erklärte, daß es von großer Wichtigkeit sei, daß die Frage der Sicherheit Englands vom militärischen, nautischen und aeronautischen Gesichtspunkte aus geprüft werde. Frankreich besitze gegenwärtig eine weitläufigere Luftflotte als England. Trotzdem Frankreich an England unerschrockene Schulden habe, finde es die Mittel, eine riesige Luftflotte zu bauen. England müsse eine Luftflotte haben, die mindestens ebenfalls so stark sei, wie die irgend eines anderen Landes. Der Unterstaatssekretär für die Luftschiffahrt, Lord Sutherland, erklärte, daß er nicht an das Aufkommen eines feindlichen Gefühls Frankreichs gegenüber glauben könne. Frankreich brauche eine starke Luftflotte, um etwaige Angriffe der deutsch-russischen Koalition abzuwehren. Lord Grey meinte, daß die Freundschaft Englands die beste Garantie für die Sicherheit Frankreichs sei. Die Freundschaft Frankreichs für England sei aber von ebenbürtigem Wert.

Kurze Nachrichten.

• Weitere Verhaftungen in der Scherrensache. In der Hochverratschase Korbach sind am Montag in Berlin drei weitere Personen festgenommen worden: Major a. D. Stephan, Oberleutnant a. D. v. Bülow und der frühere Privatsekretär Korbachs. Alle drei werden am Dienstag dem Richter vorgeführt. Von den in der Provinz polizeilich festgenommenen sind gegen 10 Personen richterliche Haftbefehle erlassen worden. In Jena wurden der Geschäftsführer der deutsch-völkischen Freischafterpartei und der Vorsitzende der Ortsgruppe festgenommen.

• Die Auflösung des Reichsfinanzministeriums. Das Reichsfinanzministerium wird am 31. März aufgelöst. Von seinen Aufgaben übernehmen am 1. April das Reichsministerium des Innern: die Angelegenheiten der Abteilung für die besetzten Gebiete; das Reichsministerium der Finanzen: 1. das Reichsfinanzwesen, 2. das Reichsbauplanwesen, 3. die Vermögensangelegenheiten, 4. die Abrechnung der Rechte des Reiches als Aktionär der vereinigten Industrie-Unternehmen A. G.; das Reichswirtschaftsministerium: die elektrowirtschaftliche Beschaffung und sonstige wirtschaftliche Aufgaben. Die Verteilung und Überleitung der Befehle im einzelnen regeln die beteiligten Minister.

des „Liebesverbot“ durchsetzen. Die Stimmen waren bereits ausgezählt, ein Klavierauszug fertiggestellt und eine Klavierprobe fand statt. Wohl auf einen Wunsch aus Wahrheit unterließ die Aufführung; man gestand wie es scheint, auf dem Vergleichsweg die öffentliche Aufführung der „Feen“ zu. Später regte der damalige Münchener Kapellmeister, jetzige Operndirektor in Karlsruhe Fritz Cortalegis eine Aufführung des „Liebesverbot“ wiederholt an, auch ich bemühte mich vergeblich, Felix Mottl davon zu überzeugen, daß die Ehre des Meisters nicht beeinträchtigt würde, wenn man seinen aufrichtigen Verehrern Gelegenheit böte, das graufam verstohene Jugendwerk kennen zu lernen.

Inzwischen sind an den bayerischen Staatstheatern und auch anderwärts in der Beurteilung des Lebenswerkes Richard Wagners manche Scheuklappen gefallen. Bei aller Ehrfurcht vor dem Genie des Meisters mehren sich die Versuche, Anzeigegemäches auszuscheiden und Zeitgemähes aus seinen Werken herauszuholen. In München zeugen die wertvollen Neuaufstellungen des „Nibelungenrings“ und erst vor wenigen Tagen des „Lambäuser“ von der Schaffensfreude und der bereitwilligsten Kraft, die unter dem zielbewußten und kundigen Generalintendanten, Geheimrat Dr. Reiß und seinem jugendlich unternehmenden und doch bereits meisterlich erklärten Generalmusikdirektor Hans Knappertsbusch auch dieses Gebiet beleben. Nachdem 1911 das Textbuch und im vorigen Jahre der Klavierauszug u. die Partitur erschienen waren, wurde unserem Kapellmeister Robert Heger die Einstudierung des „Liebesverbot“ übertragen und in dem letzten Monaten mit vielem Fleiß und ebenbürtigem Verständnis bewältigt.

Der Text der Oper ist eine Umbildung von Shakespeares „Was für Was“, die Wagner mit dem fächeren Blick und Geschick, die das werdende Genie kennzeichnen, in dem Sinne vorgenommen hat, daß die im Original fast übertriebenen Gegensätze der einzelnen Charaktere und die tragisch-harten Elemente zugunsten der in dem Stoffe reichlich aufkeimenden Komik gemildert sind. Wenn Wagner selbst seine Dichtung als eine frivole Verherrlichung der „freien Sinnlichkeit“ später abschnitt, so wird man mit Recht seine aus dem Gegenteil umgewandelten Anschauung des Lebens und der Liebe, nicht mit voller Sympathie gegenübersehen, mag man auch die vom Kain und Wilhelm Mejnse geforderte, bald weiche bald ausgelassene Sinnlichkeit der Zeitgenossen in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts durchaus nicht weilen. Wagner hat uns die tolle Tugend von Shakespeares „Nabella“ durch eine begreifende, lustspielmäßige Liebeswundigkeit, menschlich näher gebracht und den Statthalter Friedrich, den grausamen Tugendhelden, der das Liebesverbot erklärt, den tragikomische allgemeinen Gestalt an den Franzosen ge-

• Zusammenkunft Jaspers mit Mussolini. Nach Meldungen aus Brüssel wird der belgische Minister des Innern, Jaspers nach Mailand reisen, wohin er seine Tochter begleitet, die einige Tage in Italien bleiben soll. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß Mussolini sich nach Mailand begibt, um dort mit dem belgischen Minister zusammenzutreffen. Nach einer Meldung des Journal aus Rom wird diese Zusammenkunft mit der Haltung in Verbindung gebracht, die Italien und Belgien in der Ruhrfrage einnehmen.

• Misachtung richterlicher Unabhängigkeit. In Koblenz ist der Amtsgerichtsrat Kay von der französischen Besatzungsbehörde verhaftet worden. Er hatte es abgelehnt, gegen einen Friseur, der einer Verletzung bei der Kundgebung vor der Dortenschen Gutenbergbruderei bezichtigt war, einen Haftbefehl zu erlassen, weil die gesetzlichen Voraussetzungen dieses Haftbefehls mangels hinreichenden Tat- und Fluchtverdachts nicht vorliegen. Wegen dieser Entschliebung, die er in pflichtmäßiger Ausübung seines Richteramtes getroffen hat, ist Kay von der Militärpolizei festgenommen und nach Zweibrücken verbracht worden. Er soll dort vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Damit misachtet die französische Besatzung die bei allen Kulturvölkern anerkannte Unabhängigkeit des Richteramtes.

• Ahermals ein Fußgänger erschossen. Der Bergmann Karl Bracht befand sich auf der Reise von Hagen nach Bochum und mußte wegen der Zugunterbrechung in Vorfälle aussteigen. Er verfuhr dann mit zwei Mitreisenden seine Reise zu Fuß fortzusetzen und geriet dabei in die Nähe der militärischen Bahnhofsstraße Vorfälle-Vollmarstein, die er in Unkenntnis der erlassenen Bestimmungen zu überschreiten versuchte. Dabei wurde er von der französischen Bahnhofswehr erschossen. Trotz wiederholter Bemühungen von deutscher Seite ist die Leiche bisher noch nicht freigegeben worden.

• Ein Kind blutig gefoltert. Dem siebenjährigen Töchterchen der Frau Dr. Schäfer wurde zusammen mit ihrer Schulfreundin Irene Schellenburg auf dem Wege der Schule der Weg von zwei französischen bewaffneten Soldaten absichtlich veriperrt. Das Kind benutzte den verbleibenden Raum zwischen einem der Soldaten und der Hauseinfriedigung, wurde hierbei aber von einem Soldaten mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Die Soldaten gingen, ohne sich um die Folgen zu kümmern, weiter. Das Kind wurde, da es stark blutete, nach Hause gebracht. Das Gesicht ist vollständig entstellt. Das Mädchen ist stark behindert.

• Eisenbahnunglück auf Eisenbahnunglück. In Birzenbach bei Boppard fuhr nachts ein mit Franzosen besetzter Zug in einen Güterlastwagenzug einer Kölner Firma hinein, wobei zwei Mann der Begleitmannschaft sofort getötet und mehrere Angehörige schwer verletzt wurden, wovon einer bereits gestorben ist.

• Ebenso hat bei Gerolstein ein Zugzusammenstoß zwischen einem aus Köln und einem aus Trier kommenden Zuge stattgefunden. Sechs Eisenbahnangestellte und drei Reisende seien verletzt worden. Der Betrieb werde im Laufe des heutigen Tages wieder hergestellt sein.

• Sarah Bernhardt †. Gestern abend 8 Uhr starb in Paris im Alter von 78 Jahren die bekannte Tragödin Sarah Bernhardt.

• Chinesischer Boykott gegen Japan. Nach einer Habas-Meldung aus Shanghai hat dort eine große Versammlung von Kaufleuten und chinesischen Studenten stattgefunden, in der eine Entschliebung angenommen wurde, die einen Boykott der Japaner vorschlägt, um Japan zu zwingen, Fort Arthur und Dalian an China zurückzugeben. In Shanghai fanden weitere große Kundgebungen statt, bei denen Plakate mit Inschriften herumgetragen wurden, die die Zurückweisung der 21 japanischen Forderungen verlangten.

Badischer Landtag.

Die nächste Plenarsitzung

findet am Mittwoch 11. April, vormittags 8 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung stehen die Wänderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes, die Wohnabgabe und die Vorausverwendung eines größeren Betrages zur Gewährung von Baubehilfen des Staates, sowie die Gewährung eines Staatskredits an die Handwerkskammer.

Die Jagdsteuer.

Der Finanzminister hat dem Landtag den Entwurf eines Jagdsteuer-Gesetzes unterbreitet, dessen grundlegender § 1 besagt: „Wer zur Ausübung der Jagd auf eigenem oder fremdem Grund innerhalb des Landes Baden berechtigt ist, unterliegt einer jährlichen Abgabe (Jagdsteuer) in Höhe von 15 v. H. des Jahreswerts der Berechtigung“. Im § 2 wird bestimmt: „Steuerpflichtig ist, sofern die Jagd durch Verpachtung ausgeübt wird, der Pächter, bei Unterverpachtung der Unterpächter. Ist der Eigentümer die Jagd selbst aus oder läßt er sie durch Jäger ausüben, so ist er selbst steuerpflichtig. Bei rückständigen Steuern wird für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden angefangenen Monat ein 10prozentiger Zuschlag erhoben, die Hinterziehung der Jagdsteuer wird mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage des hinterzogenen Steuerbetrags bestraft. Die Gemeinden und Kreise sind nicht berechtigt, Zuschläge zur Jagdsteuer zu erheben. Das Gesetz soll mit dem 1. Februar 1923 in Kraft treten.“

In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß sich an den Jagdverpachtungen in zunehmendem Maße solche Kreise beteiligen, die aus den ungewöhnlichen Wirtschaftsverhältnissen besondere Vorteile gezogen haben und das rasch erworbene Geld wieder in Luxusausgaben umsetzen. Auch Ausländer treten in zunehmendem Maße als Jagdpächter auf. Die dringende Notwendigkeit, angesichts der schweren finanziellen Notlage des Landes, jede mögliche Steuerquelle reiflos anzuschöpfen, legte den Gedanken nahe, auch den durch Jagdverpachtung und Jagdausübung getriebenen Aufwand durch eine besondere Steuer zu belasten. Daß davon auch Kreise betroffen werden, die in der Jagdausübung keinen Luxus betreiben, ist vielleicht zu bedauern; es ist aber nach der Begründung praktisch nicht möglich, hier Unterschiede zu machen. Auch die voraussichtlich mit der Einführung der Steuer verbundene weitere Erhöhung der Wildpretpreise müsse man als unvermeidlichen Nachteil hinnehmen.

Nach dem Stand vom 1. Februar 1920 war der Gesamtjahres-Bachwert der Gemeindefajden etwa 2 850 000 M., der verpachteten Staatsjagden rund 330 000 M. Inzwischen hat die gewaltige Geldentwertung für die freierwerbenden Jagden eine außerordentliche Steigerung der Pachtpreise gebracht, durchschnittlich auf das Dreifache, so daß zunächst mit einem Mindesteinkommen von etwa 15 Millionen Mark zu rechnen sein dürfte. Dabei sind die Eigenjagden noch nicht berücksichtigt.

Badische Übersicht.

Aus der Haft entlassen

wurde der Mann der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner, Diefer, der in Offenburg verhaftet und nach Straßburg verbracht worden war.

Ludwigshafen.

In der Nähe des alten Rangierbahnhofes Ludwigshafen überfielen französische Soldaten mehrere Personen und nahmen ihnen die eingekauften Waren und Geldsummen ab. Als sich die Überfallenen wehrten, wurden sie schwer mißhandelt.

Gegen Schmutz und Schund im Film.

P. A. Auf Antrag des Ministeriums des Innern hat die Filmoberprüfstelle in Berlin die Zulassung der Bildstreifen „Der Fürst der Berge“ (hergestellt von der Harry Biel-Gesellschaft) und „Die Rinderjährlinge“ (hergestellt von der inzwischen aufgelösten Draf-Filmgesellschaft) widerrufen. Bei dem ersten Film handelt es sich um die Darstellung einer auf schändliche Sensation angelegten, unsinnigen Handlung, die von der Filmoberprüfstelle in der Entscheidung über den badischen Widerspruchsantrag als „grob schundmäßig“ charakterisiert wurde. Bei dem Film „Die Rinderjährlinge“, der bei der Überprüfung nicht vorgeführt werden konnte, weil das ganze Filmmaterial an eine italienische Gesellschaft übergegangen ist, wurde die entsetzliche und berörende Wirkung des Films als erwiesen betrachtet.

gesungen wurde, brachte dem jungen Wagner und der Münchener Nationaloper einen vollen Erfolg. In dieser vorbildlichen Bearbeitung des „Liebesverbot“ wird das Werk überall ehrenvoll und genutzreich gegeben werden können, und wohl auch bald gegeben werden. Wahreuth kann sich mit diesem liebenswürdigen „Liebesverbot“ wirklich ausöhnen!

Dr. Friedrich Röhrl.

VII. Kammermusikabend der Konzertdirektion Meufeld.

Für empfängliche Ohren und Seelen brachte die Uraufführung eines Streichquartetts (Edur) des hier studierenden Jungmanns Nicolai Lopatnikoff einen beachtenswerten Gewinn, wiewohl das mitunter in der Faktur sehr geschickte und geschmackvolle Werk nach Stimmung und sogar nach Inhalt sich noch deutlich abhängig von unterbliebenen russischen Vorbildern zeigt. Aber darin sind doch auch viele eigene melodische und harmonische Kräfte eines Kompositors im Erblühen begriffen, die abseits vom Salonkomponistentum zu großen Hoffnungen berechtigen. Das gilt zunächst von den drei ersten Sätzen, in denen erlebter östlicher Stimmungsgelbst sich mit lebendigem Fluß der Entwicklung paart. Ein Allegretto (quasi Präludium) bildet die an Weichheit und Biegbarkeit überraschend glückliche Einleitung. Auch das Scherzo bleibt ein bedeutendes musikalisches Ereignis, und ebenso wahr ein Andantino eminent sinnlich fließenden Wohlklangs. Sceptischer mutet der Schlußsatz an, der in eine — wenigstens dem vorangehenden Charakter des Werkes gegenüber — recht defensiv-strenge und problematische Frage einmündet und dadurch an der instinktiven Unberechenbarkeit des Schöpfers gelinde Zweifel aufkommen läßt. Dem geistigen Gehalt ist die eigentliche Sachkunst noch nicht überall gleichwertig; wohl meistert Lopatnikoff das technische Rüstzeug schon tüchtig, doch bleiben gegenüber der Bringeige die 3 übrigen Instrumente in weitem Ausmaß oft unbefähigt, sie werden solistisch nicht genügend ausgenützt und daher stark in den Hintergrund gedrängt, wodurch dem Komponisten manche Steigerungen entgehen, die durch die organische Geschlossenheit aller doch wohl möglich wären. Wenn trotz solch anfechtbarer Stellen die Robustität eines starken akzentuierten Erfolgs hatte, so dankt sie ihn auch der tonlich abgerundeten und exakten Wiedergabe durch das Karlsruher Streichquartett, das sich durch die künstlerisch vollendete Vermittlung des auf dem festen Boden der Konatität stehenden und sich um die theoretischen Probleme der Atonalität noch wenig kümmernden Wertes mit ein großes Verdienst erwarb. Den übrigen Programmteilen füllten die Herren O. Voigt, M. Krauß, G. Röhrl, L. Ler und P. Trautvetter mit je einem Streichquartett von Haydn und Beethoven.

G. Sch.

In beiden Fällen hat das Ministerium des Innern den Bescheid auf Anregung von Seiten der zur Überwachung der Durchführung der Schutzbestimmungen des Reichsgesetzes geschaffenen Ortsausschüsse für Lichtspieltheater beantragt.

Die Angestellten in der badischen Industrie.

Seit der Berufszählung vom Jahre 1907 sind amtliche Feststellungen über die Zahl der Angestellten in der Industrie im Reich nicht mehr erfolgt. Von um so größerem Interesse dürften deshalb die Ermittlungen des Statistischen Landesamts vom Sommer 1922 sein, nach welchen die Zahl der Angestellten, d. h. des Büro-, kaufmännischen und technischen Betriebspersonals, um diese Zeit in der badischen Industrie rund 86 000 Personen betragen hat. Nicht enthalten in diesen Angaben sind die Angestellten in den gewerblichen Betrieben des Staates und der Gemeinden, sowie die Angestellten im Bau-, Handel- und Verkehrsgewerbe. Es liegt auf der Hand, daß die größte Zahl von Angestellten auf die Städte mit starker Industrie entfällt. So beträgt in der Stadt Mannheim die Zahl der industriellen Angestellten rund 12 200, d. h. ein Drittel der Angestellten in der Industrie des ganzen Landes. An zweiter Stelle steht Pforzheim mit 8800 und demnächst Karlsruhe mit 3600 Angestellten. Die Höchstzahl von Angestellten in ein und demselben Betriebe findet sich in einem industriellen Großbetrieb, der elektrische Maschinen und Anlagen herstellt; es folgen eine Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen und eine Automobilfabrik mit je nahezu 1100 Angestellten. In Hinblick auf die einzelnen Industriezweige entfallen rund 13 000 Angestellte, d. h. über ein Drittel der ermittelten Gesamtzahl, auf die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate. An nächster Stelle steht mit 5100 Angestellten die Metallindustrie, dann folgt mit 4600 die Nahrungs- und Genussmittelindustrie einschließlich der Tabak- und Zigarrenindustrie. Anders gestaltet sich das Bild, wenn man das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Angestellten und Arbeitern ins Auge faßt. Die größte Zahl der Angestellten im Verhältnis zur Arbeiterzahl entfällt nicht auf die Maschinenindustrie, sondern auf die Industrie der Öle, Seifen und Fette usw., in der auf 100 Arbeiter 28 Angestellte kommen. Den verhältnismäßig geringsten Bedarf an Angestellten weist die Tabak- und Zigarrenindustrie auf (auf 100 Arbeiter 4,8 Angestellte). Die im ersten Augenblick auffallende Erscheinung, daß 14 Fabriken, in denen je 100 und mehr Arbeiter beschäftigt sind, überhaupt keine kaufmännischen und technischen Angestellten beschäftigen, ist daraus zu erklären, daß es sich dabei um Zweigbetriebe handelt, und zwar — mit einer einzigen Ausnahme — von Zigarrenfabriken handelt, bei denen die Leitung vom Verwaltungshaupte des Stammhauses aus erfolgt. Das Gegenstück dazu bildet die Zentrale einer der chemischen Großindustrie angehörigen Konzernfirma am Wobensee, bei der auf 42 Arbeiter 140 Angestellte entfallen.

Flüchtlingsfürsorge.

P.A. Die Fürsorge für Flüchtlinge aus den besetzten Gebieten an der Ruhr und am Niederrhein, aus der Pfalz und aus den besetzten Teilen von Baden über das Badische Rote Kreuz aus durch die Zweigvereine des Bad. Frauenvereins in Verbindung mit den Männerhilfsvereinen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Die Landesbibliothek in Karlsruhe ist nach Sitzung § 20 wegen Reinigung von Gründonnerstag bis einschließlich Sonntag, den 8. April, geschlossen.
Für den auswärtigen Verkehr ist mit der letzten Postgebührenhöhung die Befreiung eingetretten, daß die im „Reichsverkehr der Staatsbibliotheken“ eingeführten Vorzüge als „Drucksache“ verwendet werden können (bisher Briefe oder Postkartengebühren). Es ist besonders erfreulich, daß diese im ganzen Reich wirksame Verbilligung auf einen Antrag Badens im Reichsrat zurückgeht. Das verständnisvolle Bestreben der badischen Regierung, die geistige Kultur zu fördern, zeigt sich auch darin, daß sie für die auswärtigen Benutzer der Landesbibliothek alle Kosten übernimmt mit Ausnahme der Befreiung (Postkarte zulässig) und der Rücksendung der Bücher. Die Be-

nutzer können diese Kosten weiter vermindern, wenn sie sich zu gemeinsamer Rücksendung vereinigen. Bei den empfindlich hohen Fahrpreisen ist das Bestreben des Staats, die Benutzung der Bibliotheken möglichst zu verbilligen, sehr zu begrüßen. Die Landesbibliothek in Karlsruhe kann von jedem Landesbewohner benutzt werden.

Aus der Landeshauptstadt.

Einstellung des Sonntagsbetriebs auf Nebenbahnen.

Zu der durch die Zeitungen gegangenen Nachricht, daß der Sonntagsbetrieb der Nebenbahn Bruchsal-Hilfshaus-Menzingen eingestellt werde, wird uns mitgeteilt, daß die Verkehrsvereine Bruchsal und Karlsruhe, die ein Interesse an dem Fortbestand des Bahnbetriebs, namentlich auch an den Sonntagen, haben, beim Finanzministerium wegen der Aufrechterhaltung des Sonntagsbetriebs vorstellig geworden sind. Mit Rücksicht auf die eingetretene Kohlennot konnte aber dem Wunsch nach Erhaltung des Sonntagsbetriebs leider nicht stattgegeben werden. Die Einstellung ist indes nur als vorübergehend gedacht und wird in dem Zeitpunkt aufgehoben werden, in welchem die Kohlenversorgung der Bahn dies gestattet. Die erwähnten Vereine haben daraufhin bei der Oberpostdirektion die Einrichtung eines Kraftwagenverkehrs auf der Strecke Bruchsal-Menzingen mit dem Ergebnis beantragt, daß Sonntag, den 25. dieses Monats, zunächst versuchsweise ein Autozug vormittags 8 1/2 Uhr von Bruchsal nach Menzingen und umgekehrt 14 Uhr ab Menzingen ein solcher nach Bruchsal zum Anschluß an den um 5.30 Uhr abfahrenden in Richtung Karlsruhe abgehenden Personenzug zurückgeführt wird. Falls sich der Versuch bewährt, soll eine derartige Verbindung beibehalten werden.

Weiter ist der Verkehrsverein Karlsruhe in Verbindung mit dem hiesigen Schwarzwaldberein dahin vorstellig geworden, daß auf der Bahntalstation von der geplanten gänzlich Einstellung des Sonntagsverkehrs Abstand genommen und zur Bedienung des starken Ausflugsverkehrs nach den Höhenorten im Anschluß an den am wenigstens ein Vormittagszug nach Oberthal und ein Abendzug von da zurück nach Bühl geführt werde. Wie man hört, wird diesem Wunsch entsprochen werden.

Die Einstellung des Sonntagsverkehrs auf der Abthalbahn Karlsruhe-Oberthal ist nicht beabsichtigt, wohl aber wird der Sonntagsverkehr auf der Teilstrecke Wiesenbach-Brünnlingen stillgesetzt werden.

Wohltätigkeitskonzert für die Erwerbslosen. Wie uns die Erwerbslosenkommission mitteilt, findet am 9. April, abends 7 1/2 Uhr, im großen Festsaal ein Konzert zugunsten der Erwerbslosen statt. Das Landestheaterorchester, sowie Frau Hilde von Alphenburg-Eberbach, Sopran, Herr Ottomar Voigt, Violine und Herr G. Bürger am Flügel, haben ihre tätige Mitwirkung zugesagt. Die Leitung hat Herr Operndirektor Cortolais bereitwilligst übernommen. Zu Gehör gebracht werden: J. S. Bach, Suite in D-dur, die Händelsche „Deutsche Arie Nr. 3“ für Sopran (bearbeitet von G. Roth), J. Haydn, Sinfonie Nr. 12 B-dur, W. A. Mozart, Trc. und Mondo (Chio miscordi) für Sopran und die herrliche Egmont-Ouvertüre von L. v. Beethoven. Die Eintrittspreise 12 1/2 M. im Saal und 6 1/2 M. auf den drei ersten Reihen der Galerie, einschließlich Vergünstigungsteuer und Einlagegebühr ermöglichen es jedermann, sich diesen selten gebotenen Kunstgenuss zu erlauben, umso mehr man damit einen wohltätigen Zweck dient. Karten im Vorverkauf sind zu haben in dem Zigarrengeschäft von Weule, Ede Kaiser- und Badstraße, im Büro der Kommission, Weierseimer Allee 10 und an den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen. Wir raten, sich frühzeitig eine Karte zu sichern, da dieselben bei dem Gebotenen sehr rasch vergriffen sein werden.

Schülermonatskarten auch für Lehrlinge. Der Deutsche Industrie- und Handelsrat teilt mit, daß nunmehr die Schülermonatskarten allen Lehrlingen unter den gleichen Voraussetzungen wie den Handwerkslehrlingen zugänglich gemacht werden. Neben einer Befreiung des Lehrern darüber, welchen Beruf der Lehrling erlernt und daß ein schriftlicher Lehrvertrag geschlossen ist, muß noch eine Befreiung der Handwerks-, Handwerks- oder Landwirtschaftskammer oder der in den einzelnen Ländern ihre Obliegenheiten versehenen

Berufsvertretung darüber vorgelegt werden, daß die Angaben richtig sind, und daß ihr der Lehrvertrag vorgelegen hat. Von solchen Befreiungen, deren Lehrherren derartige Berufsvertretungen nicht angehören, sind die Befreiungen der unteren Verwaltungsbehörden (Landratsämter, Kreisdirektionen usw.) einzuholen.

Kommunalpolit. Rundschau.

Die Sterblichkeit in deutschen Großstädten.

Dezember 1922.

KK. Die Sterblichkeit in den 46 deutschen Großstädten hat im Dezember weiterhin zugenommen. Möglich, daß diese Zunahme der fortschreitenden Jahreszeit in den Winter hinein entspricht. Möglich aber auch, daß sie als eine Auswirkung unserer überaus traurigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse anzusehen ist, welche letztere durch die zwei Tatsachen „Leuerung und Wohnungsnot“ mit all ihren Folgen in bezug auf die gesundheitlichen Verhältnisse charakterisiert werden. Manches deutet auf das eine wie auch auf das andere hin.

Im ganzen sind in den fünf Wochen des Dezember, die zum Ausgleich die Berichtszeit umfasst, in deutschen Großstädten rund 22 000 Personen vom Tode ereilt worden. Das sind pro Woche 4400 oder rund 1000 mehr als in den Monaten August und September. Dabei hielt sich die Zahl der nicht ortsanfälligen Personen, die in den Großstädten verstorben sind, etwa auf gleicher Höhe wie dort. Es waren im Durchschnitt der Woche rund 200. Dagegen hat die Zahl der gestorbenen Säuglinge beträchtlich zugenommen, obwohl im Dezember und den vorhergehenden Monaten merklich weniger Kinder geboren wurden als im August und vor dem. Auf 1000 der Bevölkerung im Dezember insgesamt sind 13,8 Personen aus dem Leben geschieden. In den vorhergehenden Monaten waren es erheblich weniger. Im August, dem günstigsten Monat des verflohenen Jahres, nur 10,7.

Von den einzelnen ansteckenden Krankheiten, über die hier regelmäßig berichtet wird, haben nur drei in geringerem Maße zum Tode geführt. Es waren das Kindbettfieber, Typhus und Ruhr, während bei Scharlach und Genickstarre die sich durchschnittlich in der Woche ereigneten Todesfälle gleich hoch wie im November geblieben sind. Bei Typhus und Ruhr mit einer überhaupt nur geringen Zahl von Todesfällen hält sich der Rückgang auch nur in mäßigen Grenzen. Beträchtlicher ist er dagegen bei Kindbettfieber. Hieran starben im November wöchentlich 30 Frauen, im Dezember dagegen nur 22, was etwa dem Durchschnitt der 52 Jahreswochen entspricht.

Die übrigen ansteckenden Krankheiten zeigen jedoch zum Teil recht erhebliche höhere Sterbezahlen. Neben Tuberkulose und Masern sind es vor allen Dingen Erkrankungen der Atmungsorgane, die in erhöhtem Maße zum Tode führten. So sind z. B. der Diphtherie 134 Personen erlegen. Im vorhergehenden Dezember waren es jedoch sogar 170. Aber im Laufe des Jahres 1922 hat nur der Monat Januar mehr Opfer an Diphtherie gefordert als der Dezember. — Der Keuchhusten wirkte zwar im September verheerender als in der Berichtszeit. Der letzte Dezember mit 161 Todesfällen übertraf jedoch seinen Vergleichsmonat des vorhergehenden Jahres um mehr als 50 Todesfälle. — Die Lungenerkrankung zeigt schon seit Oktober die übliche Zunahme der Sterblichkeit. Kamen im September auf die Woche noch 220 Todesfälle, so waren es im November bereits 390 und im Dezember nahezu 460. — Noch beträchtlicher ist im letzten Monat die Steigerung bei Influenza gewesen. Sie hat noch im Oktober nur durchschnittlich pro Woche in 30 Fällen zum Tode geführt, im November dagegen schon in 80, im letzten Dezember jedoch in weit über 200 Fällen. Bemerklich sei jedoch, daß die Dezemberzahlen weit hinter denen des Vorjahres zurückblieben. Fiel doch dort gerade in den Dezember der Ausbruch einer Grippeepidemie, die sich fast über ganz Deutschland erstreckte. — Auch die Kurve für Tuberkulose, um zum Schluß auch hierzu noch zwei Worte zu sagen, zeigt wieder stark ansteigende Tendenz. Die Tuberkulose hat in den fünf letzten Wochen des Jahres 1922 nicht weniger als 2500 Opfer gefordert. Im Vorjahr sind ihr in der gleichen Zeit dagegen nur rund 2200 Personen erlegen.

Ziehungsliste der Badischen Jugendherberge-Lotterie.

1. Haupttreffer Mk. 10000, Los Nr. 2627, 2. Haupttreffer Mk. 1000, Los Nr. 6712, 3. Gewinne à Mk. 500, Lose Nr. 4925, 16462, 5 Gewinne à Mk. 200, Lose Nr. 279 818 1469 2067, 6306.

50 Gewinne à 60 Mark.
Lose Nr. 97 770 1273 1745 2058 4155 4363 4474 4876
5156 6055 6324 6449 6839 7428 7773 8716 9444 9520
10102 12459 12659 13465 13482 14385 15602 16500
17149 17223 18004 18322 18501 18613 19523 20045
20269 21251 21617 21620 22037 22575 23575 24601
24868 26257 26357 26430 26835 27869 28933.

150 Gewinne à 20 Mark.
Lose Nr. 147 413 603 628 1012 1282 1728 1755 1785
1945 2396 2762 2816 2890 2894 3161 3359 3810 3963
3969 4300 4450 4575 4866 5160 5311 5460 5496 5759
6193 6269 6323 6461 6776 7315 7814 8105 8143 8608
8743 8909 9297 9499 9877 9885 9945 10032 10078
10082 10117 10133 10199 10225 10375 10643 10673
10682 10840 11036 11576 11713 11741 12017 12029
12362 12640 13089 13216 13223 13503 13577 13623
13947 14247 14268 14537 14697 14973 15377 15892
15893 15967 16102 16141 16173 16592 16954 16955
17073 17589 17754 17867 18155 18321 18399 18504
18711 18881 18911 18945 18964 19433 19961 20361
20793 20832 20891 21039 21098 21294 21961 22250
22411 22700 22745 22934 22937 23217 23225 23261
23610 23745 24119 24588 24704 25005 25042 25074
25277 25398 25941 26000 26164 26564 27069 27317
27336 27696 28008 28220 28504 28616 28682 29161
29273 29522 29559 29751 29906 29960.

Deutsche Jugendherbergen, Zweigauschuss Baden, Geschäftsstelle Karlsruhe, Rudolfstr. 7.

Ca. 2000 kg Drahtseil

von 4-16 mm, verzinkt u. unverzinkt, in verschied. Längen 1300 Mk. pro kg abzugeben, auch teilweise. Ferner B.334

Benzin- und Oellässer

zu kaufen gesucht. Leop. Habermann, Mannheim R 729, Telefon 1346

Maul- und Klauenfunde betr.

Die Maul- und Klauenfunde im südlichen Gutsdorf in Ruppurr ist erloschen. Die f. St. angeordneten polizeilichen Maßnahmen werden mit sofortiger Wirkung aufgehoben. N.640
Karlsruhe, den 21. März 1923. O.-J. 31
Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion.

Bürgerl. Rechtspflege

A. Streitige Gerichtsbarkeit.
N.625. Bruchsal. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Braun & Neher in Bruchsal und deren Teilhaber Karl Neher hier, Josef Braun in Heidelberg und Friedrich Summerner in Redargemünd ist Termin zur Beschlussfassung über den von den Gemeinschuldnern eingereichten Zwangsvergleichsvorschlag und zur Feststellung der Stimmmehrheit Freitag, den 13. April 1923, vormittags 11 1/2 Uhr, vor das Amtsgericht Bruchsal, 2. Stod., Zimmer 16.

Der Zwangsvergleichsvorschlag und die Erklärungen der Gläubiger sind zur Einsicht der Beteiligten auf der Gerichtsschreiberei niedergelegt.
Bruchsal, 20. März 1923.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Strafrechtspflege.

N.651. Säckingen. In der Strafsache gegen den Mechaniker und Maschinenführer Emil Weniger in Colmar i. Elz, wegen Unfallschuldverletzung wurde Termin zur Hauptverhandlung auf Mittwoch, 25. April 1923, vormittags 8 Uhr,

in Durlach: die Gesellschaftskasse, in Karlsruhe: das Bankhaus Zeit L. Somburger und die Rheinische Creditbank, Filiale Karlsruhe, in Frankfurt a. M.: die Deutsche Bank, Filiale Frankfurt a. M. und das Bankhaus M. Söhnenmer, in Berlin: die Direktion der Discanto-Gesellschaft, B.337 Durlach, 26 März 1923. Der Aufsichtsrat der Maschinenfabrik Grigner A.G. Robt. Nicolai, Direktor der Rheinischen Creditbank, Filiale Karlsruhe, Vorsitzender.

Maschinenfabrik Grigner

37. ordtl. Generalversammlung eingeladen, welche am Mittwoch, den 18. April 1923, vormittags 11 Uhr, zu Durlach in den Geschäftsräumen der Gesellschaft stattfinden wird.

Attien-Gesellschaft.

Die Aktionäre der Maschinenfabrik Grigner werden hiermit zur 37. ordtl. Generalversammlung eingeladen, welche am Mittwoch, den 18. April 1923, vormittags 11 Uhr, zu Durlach in den Geschäftsräumen der Gesellschaft stattfinden wird.

Tagessordnung:
1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1922.
2. Bericht des Aufsichtsrates.
3. Beschlussfassung über Genehmigung des Rechnungsabchlusses und Verteilung des Gewinnes.

Bürgerl. Rechtspflege

A. Streitige Gerichtsbarkeit.
N.625. Bruchsal. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Braun & Neher in Bruchsal und deren Teilhaber Karl Neher hier, Josef Braun in Heidelberg und Friedrich Summerner in Redargemünd ist Termin zur Beschlussfassung über den von den Gemeinschuldnern eingereichten Zwangsvergleichsvorschlag und zur Feststellung der Stimmmehrheit Freitag, den 13. April 1923, vormittags 11 1/2 Uhr, vor das Amtsgericht Bruchsal, 2. Stod., Zimmer 16.

Der Zwangsvergleichsvorschlag und die Erklärungen der Gläubiger sind zur Einsicht der Beteiligten auf der Gerichtsschreiberei niedergelegt.
Bruchsal, 20. März 1923.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Strafrechtspflege.

N.651. Säckingen. In der Strafsache gegen den Mechaniker und Maschinenführer Emil Weniger in Colmar i. Elz, wegen Unfallschuldverletzung wurde Termin zur Hauptverhandlung auf Mittwoch, 25. April 1923, vormittags 8 Uhr,

in Durlach: die Gesellschaftskasse, in Karlsruhe: das Bankhaus Zeit L. Somburger und die Rheinische Creditbank, Filiale Karlsruhe, in Frankfurt a. M.: die Deutsche Bank, Filiale Frankfurt a. M. und das Bankhaus M. Söhnenmer, in Berlin: die Direktion der Discanto-Gesellschaft, B.337 Durlach, 26 März 1923. Der Aufsichtsrat der Maschinenfabrik Grigner A.G. Robt. Nicolai, Direktor der Rheinischen Creditbank, Filiale Karlsruhe, Vorsitzender.

Maschinenfabrik Grigner

37. ordtl. Generalversammlung eingeladen, welche am Mittwoch, den 18. April 1923, vormittags 11 Uhr, zu Durlach in den Geschäftsräumen der Gesellschaft stattfinden wird.

Attien-Gesellschaft.

Die Aktionäre der Maschinenfabrik Grigner werden hiermit zur 37. ordtl. Generalversammlung eingeladen, welche am Mittwoch, den 18. April 1923, vormittags 11 Uhr, zu Durlach in den Geschäftsräumen der Gesellschaft stattfinden wird.

Tagessordnung:
1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1922.
2. Bericht des Aufsichtsrates.
3. Beschlussfassung über Genehmigung des Rechnungsabchlusses und Verteilung des Gewinnes.

Bürgerl. Rechtspflege

A. Streitige Gerichtsbarkeit.
N.625. Bruchsal. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Braun & Neher in Bruchsal und deren Teilhaber Karl Neher hier, Josef Braun in Heidelberg und Friedrich Summerner in Redargemünd ist Termin zur Beschlussfassung über den von den Gemeinschuldnern eingereichten Zwangsvergleichsvorschlag und zur Feststellung der Stimmmehrheit Freitag, den 13. April 1923, vormittags 11 1/2 Uhr, vor das Amtsgericht Bruchsal, 2. Stod., Zimmer 16.

Der Zwangsvergleichsvorschlag und die Erklärungen der Gläubiger sind zur Einsicht der Beteiligten auf der Gerichtsschreiberei niedergelegt.
Bruchsal, 20. März 1923.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Strafrechtspflege.

N.651. Säckingen. In der Strafsache gegen den Mechaniker und Maschinenführer Emil Weniger in Colmar i. Elz, wegen Unfallschuldverletzung wurde Termin zur Hauptverhandlung auf Mittwoch, 25. April 1923, vormittags 8 Uhr,

in Durlach: die Gesellschaftskasse, in Karlsruhe: das Bankhaus Zeit L. Somburger und die Rheinische Creditbank, Filiale Karlsruhe, in Frankfurt a. M.: die Deutsche Bank, Filiale Frankfurt a. M. und das Bankhaus M. Söhnenmer, in Berlin: die Direktion der Discanto-Gesellschaft, B.337 Durlach, 26 März 1923. Der Aufsichtsrat der Maschinenfabrik Grigner A.G. Robt. Nicolai, Direktor der Rheinischen Creditbank, Filiale Karlsruhe, Vorsitzender.

Maschinenfabrik Grigner

37. ordtl. Generalversammlung eingeladen, welche am Mittwoch, den 18. April 1923, vormittags 11 Uhr, zu Durlach in den Geschäftsräumen der Gesellschaft stattfinden wird.

Attien-Gesellschaft.

Die Aktionäre der Maschinenfabrik Grigner werden hiermit zur 37. ordtl. Generalversammlung eingeladen, welche am Mittwoch, den 18. April 1923, vormittags 11 Uhr, zu Durlach in den Geschäftsräumen der Gesellschaft stattfinden wird.

Tagessordnung:
1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1922.
2. Bericht des Aufsichtsrates.
3. Beschlussfassung über Genehmigung des Rechnungsabchlusses und Verteilung des Gewinnes.

von 4-16 mm, verzinkt u. unverzinkt, in verschied. Längen 1300 Mk. pro kg abzugeben, auch teilweise. Ferner B.334

Benzin- und Oellässer

zu kaufen gesucht. Leop. Habermann, Mannheim R 729, Telefon 1346